

# Für den Landkreis Göppingen in Berlin



Ausgabe Nr. 25 Juni 2015

**SPD**

## Liebe Leserinnen und Leser, liebe Freundinnen und Freunde im Landkreis Göppingen,

Gesundheit steht im Fokus der Großen Koalition. In keinem anderen Politikfeld werden aktuell so viele Gesetzesvorhaben realisiert wie hier. Nun hoffe ich sehr, dass die zahlreichen Verbesserungen auch spürbar werden für die Patientinnen und Patienten. Mehr Informationen zum gerade beschlossenen Versorgungsstärkungsgesetz gibt es in diesem Newsletter.

Nachdem in den vergangenen zehn Jahren drei Anläufe für ein Präventionsgesetz gescheitert sind, ist es nun beschlossene Sache! Kranken- und Pflegekassen sollen künftig 500 Millionen Euro jährlich für die Gesundheitsvorsorge in die Hand nehmen. Wichtig war uns als SPD, dass die Gesundheit direkt im Lebensumfeld der Versicherten gefördert wird - in der Kita, der Schule und in den Betrieben.

Und weil wir alle uns auch am Ende des Lebens eine bessere Versorgung wünschen, haben wir in 1. Lesung im Bundestag die Beratungen zu einem Hospiz- und Palliativgesetz aufgenommen, das dann im Herbst beschlossen werden soll.

Aber nicht nur nationale Themen haben uns in diesen Wochen beschäftigt. In der Griechenlandkrise wird es immer enger und wir können nur hoffen, dass alle Verhandlungspartner das ihnen Mögliche zum Gelingen beitragen. Es wird sicher spannend in der nächsten Sitzungswoche – doch jetzt freue ich mich erst einmal auf Begegnungen im Wahlkreis

Eure



[www.heike-baehrens.de](http://www.heike-baehrens.de)



[www.facebook.com/baehrensmdb](http://www.facebook.com/baehrensmdb)



## Mehr Sicherheit im digitalen Zeitalter



Ohne Computernetzwerke geht heute in vielen wesentlichen Bereichen unserer Gesellschaft nichts mehr. Energie, Informations- und Telekommunikationstechnik, Transport und Verkehr, Gesundheit, Wasserversorgung und Abwasserentsorgung, Ernährung, Finanz- und Versicherungswesen, Medien und Kultur sowie Einrichtungen des Staates und der Verwaltung sind heute weitgehend digitalisiert. Wir alle profitieren von der gesteigerten Leistung, die Computernetzwerke in diesen Einsatzfeldern erbringen. Allerdings birgt auch die digitale Technik Risiken. IT-Systeme werden immer wieder von Hackern angegriffen.

Daher hat der Deutsche Bundestag vergangene Woche das Gesetz zur Erhöhung der Sicherheit infor-

mationstechnischer Systeme, kurz IT-Sicherheitsgesetz, verabschiedet.

Im Fokus der neuen Regelung stehen solche Unternehmen und Einrichtungen des Staates, die zur sogenannten „Kritischen Infrastruktur“ zählen. Die Bundesregierung geht von rund 2.000 Unternehmen aus, auf die das zutrifft. Diese werden mit dem Gesetz verpflichtet, Angriffe auf ihre IT-Systeme an das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) zu melden. Durch diese Meldungen wird es möglich, ein besseres Bild über die aktuelle Sicherheitslage zu gewinnen, um andere Einrichtungen und Unternehmen vor ähnlichen Angriffen zu warnen. Das IT-Sicherheitsgesetz bringt den Bürgerinnen und Bürgern mehr Sicherheit im digitalen Zeitalter.



## Wichtige Verbesserungen für die Patienten

Das gerade beschlossene Gesetz zur Stärkung der gesundheitlichen Versorgung bringt eine Vielzahl von spürbaren Verbesserungen für die Patientinnen und Patienten.

Endlich wird etwas dafür getan, dass alle Patienten – unabhängig von Wohnort oder Zugehörigkeit zu einer Krankenversicherung – rasch einen Facharzttermin bekommen. Patienten mit einer Überweisung vom Hausarzt können sich zukünftig bei Termenservicestellen einen Facharzttermin innerhalb von vier Wochen vermitteln lassen. Ebenso können sie sich jetzt grundsätzlich eine zweite ärztliche Meinung einholen, um sich über Therapiealternati-

ven informieren und die Notwendigkeit eines medizinischen Eingriffs abklären zu können.



Um eine lückenlose Versorgung nach einem Krankenhausaufenthalt sicherzustellen, werden Patien-

ten künftig sofort bei der Entlassung mit dem Notwendigen für sieben Tage versorgt, z.B. mit Medikamenten oder Hilfs- und Heilmitteln.

Haus- und Fachärzte müssen für alle gut erreichbar sein und in ausreichender Zahl auch in Zukunft zur Verfügung stehen. Darum wird es neue Regelungen für die Zu- und Niederlassung von Ärzten und Psychotherapeuten geben, und die ärztliche Bedarfsplanung wird aktualisiert. Arztstühle in sogenannten überversorgten Gebieten, z.B. Ballungszentren, sollen in Zukunft unter bestimmten Voraussetzungen nicht nachbesetzt werden. Gleichzeitig werden Anreize geschaffen, damit sich mehr Ärztinnen und Ärzte auf dem Land niederlassen. Darum gibt es nun auch die Möglichkeit, Medizinische Versorgungszentren zu gründen, in denen nicht nur Facharztgruppen, son-

dern auch Hausärzte in attraktiven Arbeitsmodellen zusammenarbeiten können. Die Zahl der Weiterbildungsstellen für Hausärzte und bestimmte grundversorgende Fachärzte, wie Kinder-, Frauen- oder Augenärzte, wird erhöht. Auch das Medizinstudium soll zukünftig praxisnäher werden und die Allgemeinmedizin stärker in den Blick nehmen.

Wichtig für uns als SPD ist es, eine flächendeckende, gut erreichbare und qualitativ hochwertige Versorgung für alle Patientinnen und Patienten, unabhängig vom Einkommen, sicher zu stellen. Mit dem Versorgungsstärkungsgesetz haben wir eine Vielzahl an Maßnahmen auf den Weg gebracht, die dies künftig gewährleisten. Mit diesen Regelungen werden neue Möglichkeiten eröffnet, auch bei uns im Landkreis die Versorgung weiter zu verbessern.



## Bürokratiebremse erleichtert den Alltag

Bürokratie durchdringt unser Leben – alle stöhnen darüber. Wirtschaftsminister Gabriel will dem entgegenwirken, indem zukünftig mit jeder neuen Verordnung eine alte abgeschafft werden muss. Dieses sogenannte One-in, One-out-Prinzip soll ab 1. Juli eingeführt werden. Damit gibt sich die Regierung selbst eine ambitionierte Vorgabe, die verhindert, dass die Bürgerinnen und Bürger in Zukunft durch immer mehr Bürokratie strapaziert werden.

Gleichzeitig soll mit dem Entbürokratisierungsgesetz die Wirtschaft um ca. 750 Millionen Euro im Jahr entlastet werden. Regeln und Standards sollen

eindeutiger und damit gerechter werden. Zu lange und zu komplexe Verfahren, die vor allem kleinere Unternehmen beeinträchtigen, sollen gestrafft und Buchführungs- und Aufbewahrungspflichten für kleine Firmen vereinfacht werden. Profitieren werden vor allem Existenzgründer, die mittelständische Wirtschaft sowie junge Unternehmen in der Wachstumsphase.

So wird die Bürokratiebremse hoffentlich Innovationen fördern und den Alltag aller erleichtern.



## Mehr Unterstützung für Familien und Alleinerziehende

Über 1,6 Millionen Mütter oder Väter kümmern sich in Deutschland allein um ihre minderjährigen Kinder. Ohne Partner oder Partnerin schultern sie die gesamte Belastung von Erziehung und Erwerbsarbeit. Alleinerziehende sind ganz besonders auf die zeitliche Vereinbarkeit von Familie und Beruf, auf gute Betreuungsangebote und finanzielle Unterstützung angewiesen. Deshalb ist es ein wichtiger Erfolg, dass wir als SPD erreicht haben, dass der steuerliche Freibetrag für Alleinerziehende nach über zehn Jahren endlich deutlich erhöht wird.

Mit unserer Familienpolitik wollen wir diejenigen entlasten, die es am meisten benötigen: Familien mit mittlerem und niedrigem Einkommen und Alleinerziehende. Denn Familien mit hohem Einkommen profitieren unverhältnismäßig mehr von steigenden Kinderfreibeträgen. Deshalb haben wir da-



für gesorgt, dass im Zuge der auch vom Verfassungsgericht geforderten Anhebung der steuerlichen Kinderfreibeträge für hohe Einkommen auch das Kindergeld und der Kinderzuschlag steigen. Das kommt ganz unmittelbar Familien mit niedrigerem



## älter, bunter, weniger

Was das Leben bei uns besonders lebenswert macht, sind die kulturelle Vielfalt und der Reichtum in den verschiedenen Regionen. Dies gilt nicht nur für Ballungszentren, sondern insbesondere für die ländlichen Räume. Viele dieser Regionen sehen sich in Folge des demografischen Wandels aber wachsenden Herausforderungen gegenüber: Wir werden älter, bunter, weniger. Das hat auch Auswirkungen auf die Kultur.

Die SPD-Bundestagsfraktion hat deswegen einen Koalitionsantrag initiiert, in dem diese Entwicklungen beschrieben und daraus Ansatzpunkte für die Kulturpolitik abgeleitet werden. Künftige kulturpolitische Angebote, Ziele und Schwerpunkte der Kulturförderung sollen an die veränderten Rahmenbedingungen angepasst werden – insbesondere Fördergelder des Bundes sollen noch stärker in ländliche Räume fließen, um dort die richtigen Anreize für vielfältiges Kulturschaffen zu setzen.

So haben Kinos im ländlichen und kleinstädtischen Raum als Kulturort eine besondere Funktion. Deshalb wurde das Förderprogramm für kleine Kinos

zur Umstellung auf digitale Technik verlängert. Vom Förderprogramm profitierte bspw. das Gloria-Kino-Center in Geislingen bei der digitalen Umstellung.

Viele Buchhandlungen sind zudem durch große Online-Händler einem immer stärkeren Wettbewerb ausgesetzt. Dabei sind gerade sie für das literarische und kulturelle Leben unverzichtbar. Deshalb wurde ein Preis für kleinere, inhabergeführten Buchhandlungen eingeführt, wie es sie bspw. in Göppingen mit der Staufen-Buchhandlung und dem Antiquariat & Buchhandlung Kümmerle noch gibt.

Netzwerkarbeit und Kooperation in der Kultur sind in Zukunft wichtiger denn je. Das gilt gerade für den ländlichen Raum. Und mehr noch: Durch verstärkte Zusammenarbeit ergeben sich neue Chancen für kulturelle und gesellschaftliche Teilhabe für alle. Die Göppinger Kultur-Nacht am 27. Juni ist ein gelungenes Beispiel für die Vernetzung von Kulturangeboten. An 30 Stationen sind verschiedene Angebote zu finden. Vielleicht treffen wir uns ja an einer dieser Stationen?

Alle Infos zur Kulturnacht gibt es [hier](#).

## Ortsbesuch in Zell unter Aichelberg

Bei meinem Besuch in Zell unter Aichelberg erläuterten mir Bürgermeister Werner Link und Hauptamtsleiterin Heike Wiedmann die Situation der Kleinkindbetreuung im Ort und die gemeinsam mit den Nachbargemeinden Hattenhofen, Albershausen und Schlierbach erreichte Weiterentwicklung der Werkrealschule zur Gemeinschaftsschule. Zudem habe ich mich über die Unterbringung von Flüchtlingen informiert. In Zell werden momentan Wohnungen als Flüchtlingsunterkünfte umgebaut. Die größte Herausforderung für die Gemeinde ist es, die Einwohnerzahl zu halten und die Einnahmen aus der Gewerbesteuer zu verstetigen, erklärte mir Bürgermeister Link.



Heike Baehrens im Gespräch mit dem Geschäftsführer der Firma Ostheimer Wolfgang Schühle

Beim Besuch der Firma Ostheimer, die in Zell Spielzeug und Figuren aus Holz produziert, leuchten nicht nur Kinderaugen. Bereits beim Eintreten in die Räumlichkeiten nimmt man den angenehmen Geruch von bearbeitetem Holz wahr. Geschäftsführer Wolfgang Schühle beschrieb mir die einzelnen Schritte vom Holzstück bis zum Endprodukt. Als Mitglied der Arbeitsgruppe Teilhabe der SPD-Bundestagsfraktion interessiert mich die Integration



An der Werkbank der Holzspielzeugproduktion

von Menschen mit Behinderung in das Unternehmen. Die Zusammenarbeit mit Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern mit Behinderung ist ein Schwerpunkt des Unternehmens. Ostheimer plant auch ein Projekt mit demenzkranken Menschen gemeinsam mit dem Zeller Alexander-Stift.

Das Gemeindepflegehaus des Alexander-Stifts war dann auch die nächste Station auf meinem Ortsbesuch. Bei meinem Gespräch hier stand die Personalsituation im Vordergrund. Das Thema Fachkräftemangel spielt hier eine große Rolle, da Personal im ländlichen Raum schwierig zu halten ist. Generell verdienen die Pflegeberufe mehr Wertschätzung. Deshalb setze ich mich im Gesundheitsausschuss für die Situation von Pflegekräften ein. Im Pflege-stärkungsgesetz wurden bereits wesentliche Verbesserungen beschlossen. So haben wir als SPD erreicht, dass zukünftig das Zahlen von Tarifgehältern in der Pflege von den Pflegekassen nicht mehr als unwirtschaftlich zurückgewiesen werden kann. Denn Pflege braucht nicht nur nette Worte, sondern auch konkrete Anerkennung durch ordentliche Gehälter.



## Termine 20. Juni - 29. Juni 2015

**Montag, 22. Juni, 13:00 Uhr**

Gespräch mit Geschäftsführung und Betriebsrat  
der Alb-Fils-Kliniken

**15:00 Uhr**

Pressegespräch "Kurzzeitpflege für Jüngere"

**Dienstag, 23. Juni, 10:00 Uhr**

Parlamentarisches Frühstück  
Agentur für Arbeit Göppingen

**12:00 Uhr**

Besuch Lebenshilfe Jebenhausen

**14:00 Uhr**

Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel und  
stellv. Ministerpräsident Nils Schmidt zu Besuch  
im Kompetenzzentrum Mechatronik 4.0 in Göp-  
pingen

**Dienstag, 23. Juni, 17:00 Uhr**

CJD Bläsiberg

**Mittwoch, 24. Juni, 10:00 Uhr**

Firma Allgaier in UHINGEN

**12:00 Uhr**

Referat zum Thema Rehabilitation beim Bundes-  
kongress des Bundesverbands Deutscher Privat-  
kliniken in Stuttgart

**Donnerstag, 25. Juni, 10:00 Uhr bis 14:00 Uhr**

Ortsbesuch Ebersbach/Fils

**Freitag, 26. Juni, 10:00 Uhr**

Verabschiedung von Hansjörg Böhringer  
(Vorsitzender des Paritätischen Baden-  
Württemberg)

**18:00 Uhr**

40 Jahre EEW Energy from Waste in Göppingen

**19:00**

Fastenbrechen DRK Kreisverband Göppingen e.V.  
und Vereinigung türkischer Vereine in UHINGEN

**Samstag, 27. Juni, 12:30 Uhr**

Kinderfest Gingen

**14:30 Uhr**

Sommerfest Kreisverein Leben mit Behinderung  
Göppingen e.V. in Süßen

**16:00 Uhr**

Veranstaltung zum Thema Pflege

VdK-Ortsverbände Göppingen und Geislingen in  
Göppingen

**Montag, 29. Juni bis Freitag, 03. Juli**

Sitzungswoche in Berlin

### Bürgerbüro



Roth Carré Schillerplatz 10  
73033 Göppingen



Tel: 07161 / 988 35 46  
Fax: 07161 / 988 36 44

### Deutscher Bundestag



Platz der Republik 1  
11011 Berlin



Tel: 030 / 227 74157  
Fax: 030 / 227 70159



[www.heike-baehrens.de](http://www.heike-baehrens.de)



[www.facebook.com/baehrensmdb](http://www.facebook.com/baehrensmdb)